



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung

9. Juli 2025, 17:30 Uhr bis 19:50 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung gedenkt der Sozialausschuss dem hoch angesehenen und überaus geschätzten Ehrenbürger und Oberbürgermeister im Ruhestand (1986 bis 1998) der Stadt Karlsruhe, Herrn Prof. Dr. Gerhard Seiler, der am 1. Juli 2025 verstorben ist. In stillem Gedenken wird darüber hinaus der am 23. Juni 2025 Verstorbene, Herr Kurt Roth, ehemaliger Geschäftsführer und Vorsitzender des Stadtjugendausschusses sowie einstiger Leiter der Sozial- und Jugendbehörde, gewürdigt.

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe '97 – Vierzehnter Sachstandsbericht 2025
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Kulik (Bereichsleiterin Immobilienbewirtschaftung Volkswohnung GmbH) und Herrn Esslinger (Geschäftsführender Vorstand Familienheim e. G. Karlsruhe).

Frau Heibrock (SJB) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Können Ursachen genannt werden, warum die Zahl der Wohnungslosen mit psychischen Problemlagen, insbesondere der vulnerablen Gruppe von Jugendlichen, in diesem Bereich gestiegen ist?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Probleme in der Wohnungslosenhilfe werden schon viele Jahre gemeinsam mit Expertinnen und Experten gelöst. Die Zahlen zeigen auf, dass psychische Erkrankungen sowie gesundheitliche Einschränkungen in diesem Bereich weiter steigen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Mit den Lotsinnen und Losten bestehen für 54 Plätze die Möglichkeit der Begleitung. Wie lange ist der Zeitraum der Begleitung?

Frau Rexhäuser (SJB): Die ordnungsrechtliche Unterbringung mit psychischen Problemlagen startet erst ab 18 Jahren. Die Anzahl der psychischen Erkrankungen ist innerhalb der gesamten Bevölkerung aller Altersstufen angestiegen. Bei Menschen mit sozialen Schwierigkeiten zeigen sich diese vermehrt.

Im Regelfall begleiten die Lotsinnen und Lotsen die Hilfeempfänger*innen 6 Monate. Die Problemlagen werden in den letzten Jahren jedoch differenzierter und es bedarf neuer Angebote wie psychiatrischer und medizinischer Unterstützung, so dass die Unterstützung der Lotsinnen und Lotsen auch bis zu 9 Monate andauern kann.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, den vierzehnten Sachstandsbericht 2025 zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 2 Umsetzung Nationaler Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit 2024 auf kommunaler Ebene – Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Karlsruhe vermeiden

- Stellungnahme zum Antrag -

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE): Kann ein Zeithorizont genannt werden, wann mit einem konkreten Zwischenergebnis zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans bis 2030 zu rechnen ist? Der Schwerpunkt des 2. Antragspunktes liegt bei der Erfassung der Menschen mit Pflegegrad. Die Daten sollen im Zwischenergebnis Verwendung finden. Wie sieht es mit der Umsetzung der maschinenlesbaren Veröffentlichung des Berichts gemäß der Digitalstrategie der Stadt Karlsruhe im städtischen Open-Data-Portal aus?

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Die Politik zeigt mit dem gemeinsamen Antrag, dass die große Mehrheit des Gemeinderates hinter dem Antrag gegen Wohnungslosigkeit steht und die Stadtverwaltung unterstützen wird.

Herr Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Es ist der GRÜNE-Fraktion ein Anliegen, dass die Darstellung der Berichte im Transparenz-Portal in maschinenlesbarer Form erfolgt (Digitalstrategie der Stadt Karlsruhe).

Der Vorsitzende: Zur Umsetzung der maschinenlesbaren Form des Berichts bedarf es der Unterstützung durch das IT-Amt.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis von der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans auf lokaler Ebene (LAP) und wird sich in einem Jahr erneut im Sozialausschuss damit befassen.

TOP 3 Hitzeaktionsplan der Stadt Karlsruhe

- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau von Andrian-Werbung (Amtsleitung Amt für Umwelt und Arbeitsschutz) und Frau Ziegler (Amt für Umwelt und Arbeitsschutz).

Frau Ziegler (UA) führt in den TOP ein.

Herr Stadtrat Dujmović (GRÜNE): Können die Warnmeldungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) auch auf den Stadtplan „Heiße Tage“ verweisen? Kann die Stadtverwaltung auf die Verkehrsbetriebe (KVV und VBK) zugehen, wie bei Warnstufe 1 und 2 des Hitzeaktionsplans der Transport für stark betroffene Zielgruppen verbessert werden kann, beispielsweise in alten Straßenbahnen ohne Klimaanlage? Darüber hinaus ist es wünschenswert ein Informationsangebot über das jeweilige Kühlsystem der KVV zu erhalten– digital oder an der Bahn selbst (ist der Raum klimatisiert oder nicht).

Frau Ziegler (UA): Die Warnmeldungen des Deutschen Wetterdienstes erscheinen als Verweis im Kanal der Karlsruhe App und auf der Städtischen Webseite. Der Verweis auf den Stadtplan „Heiße Tage“ wird mit dem Städtischen IT-Amt geklärt. Mit der KVV und der VBK werden die Themen Transport bei Warnstufe 1 und 2 sowie die Anzeige des jeweiligen Kühlsystems besprochen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Ist es nötig, für die Umsetzung des Hitzeaktionsplans die Koordinationsstelle zu schaffen oder kann diese Funktion zum Beispiel über flachere Strukturen bzw. Vernetzung ersetzt werden?

Frau von Andrian-Werburg (UA): Dem Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz ist es ein großes Anliegen das Konzept nicht nur zu erstellen, sondern auch umzusetzen. Im Moment sieht das Amt keine Möglichkeit, eine Förderstelle für die Umsetzung zu erhalten, und auch städtische Mittel für eine neue Stelle werden nicht zur Verfügung stehen. Mit dem weiteren Thema im Umweltamt „Grüne Stadt“ soll ein Schwerpunkt auf die Umsetzung des Hitzeaktionsplans gelegt werden. Leider ist diese Stelle momentan vakant. Die Umsetzung des Hitzeaktionsplans wird fortgeführt.

Herr Stadtrat Cramer: Wie können Menschen erreicht werden, die keine digitalen Endgeräte haben?

Frau Ziegler (UA): Es wird eine Druckversion geben, und alle möglichen Wege wie zum Beispiel Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden genutzt.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, die Ergebnisse des Projektes Plan°C zur Kenntnis zu nehmen und den Hitzeaktionsplan nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit mit Naturschutzbeirat zu beschließen.

TOP 4 Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Psychiatrie (IBB)
Karlsruhe, Bericht 2023 - 2024
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Engler (Vorsitzende IBB) und Frau Kayser (IBB).

Frau Engler (Vorsitzende IBB) und Frau Kayser (IBB) führen in den TOP ein.

Frau Dr. Sardarabady (GRÜNE): Frau Engler und Frau Kayser haben in Fallbeispielen aufgezeigt, dass aufgrund von Gesetzesvorgaben sich bei Angehörigen und bei der IBB Rat- und Hilflosigkeit breitmacht, da die Gesetze nicht immer den Erkrankten nützen. Wie kann hier die Kommune unterstützen?

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank für das große Engagement der IBB. Es besteht eine gute Kooperation mit Herrn Prof. Dr. Heiko Graf, Leiter der Klinik für Psychiatrie und psychotherapeutische Medizin. Mit ihm kann bezüglich eventueller Entlastungshilfen Kontakt aufgenommen werden. Die Änderung der Gesetze und Rechtsgrundlagen fallen nicht in die Zuständigkeit des Sozialausschusses.

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Was wird mit den im Bericht aufgeführten Beschwerden an Kliniken unternommen?

Frau Engler (IBB): Beschwerden werden formuliert und gehen direkt an die Klinikleitung. Bisher wurden mit dieser Vorgehensweise gute Erfahrungen gemacht. Die Kliniken melden sich meist zeitnah zurück - oft mit einem Gesprächsangebot.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt den vorgelegten Bericht der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Psychiatrie (IBB) Karlsruhe zur Kenntnis.

TOP 5 Neuwahl der Mitglieder der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Psychiatrie (IBB) Karlsruhe
- Vorlage -

Der Vorsitzende ruft direkt ohne Wortmeldungen zur Abstimmung auf.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, durch Offenlage die Mitglieder der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle Psychiatrie (IBB) Karlsruhe in ihr Amt zu berufen.

TOP 6 Angebot "Wohnen für Hilfe" ausbauen
- Stellungnahme zum Antrag -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kohm (Geschäftsführer Paritätische Sozialdienste gGmbH Karlsruhe).

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Das Angebot ist für die nächsten zwei Jahre über die Paritätischen Sozialdienste gesichert. Die Vermietenden können nicht nur ältere Menschen sein, sondern durchaus auch Familien, die zum Beispiel an Auszubildende oder ältere Menschen Wohnraum zur Verfügung stellen.

Herr Stadtrat Kalmbach (FÜR): Wieviel Abschlüsse wurden beim Angebot „Wohnen für Hilfe“ bereits erzielt?

Herr Kohm (Paritätische Sozialdienste): Da das Projekt „Wohnen für Hilfe“ „unsichtbaren“ Wohnraum erschließt, müsste man den Projektkosten eigentlich die sehr hohen Planungs- und Erschließungskosten beim Neubau einer Wohnung gegenüberstellen. Das „alte“ Projekt, das seit 15 Jahren für Studierende über die zweckgebundenen Landesmittel und städtische Förderung besteht, begleitet 30 bis 32 Wohnpartner pro Jahr. Aufgrund der Zweckbindung ist dieses Projekt Studierenden vorbehalten, die üblicherweise an Seniorinnen und Senioren vermittelt werden. Das neue Projekt „Wohnen für Hilfe für alle – zu allen“ ist an dem Projekt der Stadt Freiburg orientiert und wird auf das „alte Projekt“ aufgesetzt. Zusätzlich zu den zweckgebundenen Landesmitteln ist es gelungen, die FLÜWO

Stiftung für dieses Projekt zu gewinnen, die das Projekt mit 70.000 Euro die nächsten zwei Jahre unterstützt. Die FLÜWO Stiftung wünscht einen zusätzlichen Beitrag von 10 % an Eigenmitteln, diese Eigenmittel werden durch die Stadt Karlsruhe aus Spendengeldern bereitgestellt. Ziel des Projektes ist es, mit einer guten öffentlichen Kommunikation Wohnpartnerschaften für alle zu etablieren. Die FLÜWO Stiftung wird nach den zwei Jahren das Projekt weitere 5 Jahre abschmelzend unterstützen. Für das neu aufgesetzte Projekt ist eine Gebühr von 120 Euro im Jahr für die Wohnpartner (nicht für Studierende) vorgesehen.

Herr Stadtrat Tröndle (SPD) verlässt um 19:22 Uhr die Sitzung.

Beschluss: Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

TOP 7 Konzept "Bielefelder Modell" zum selbstbestimmten Wohnen für weitere Quartiere
- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Wie soll es mit der Umsetzung des „Bielefelder Modells“ in den Stadtteilen weiter gehen? In den geplanten Stadtteilen Mühlburg und Oberreut ist seit circa einem Jahr keine Entwicklung zu erkennen. Hängt das damit zusammen, dass es keine geeigneten Räumlichkeiten für ein Wohncafé gibt? Welche weiteren Schritte sind geplant, um weiter vorankommen zu können?

Herr Fulda (SJB): Die Stadtverwaltung schätzt den positiven Beitrag von Angeboten nach dem Bielefelder Modell für die Versorgung älterer Menschen. Aus der Sicht der Stadtverwaltung ist die Umsetzung nicht nur eine Frage der Räumlichkeiten für ein Wohncafé. Es geht in Mühlburg auch um die Umsetzung des Quartiers- und Pflegebüros mit ambulantem Pflegedienst in räumlicher Nähe zum Wohncafé. In der Stadt Karlsruhe ist es ratsam, das Bielefelder Modell nicht nur in Reinform umzusetzen, sondern flexible Lösungen in den Quartieren zu gestalten, da bereits verschiedene Bausteine vorhanden sind. Die Volkswohnung hat großes Interesse am Bielefelder Modell. Der Impuls geht beim Bielefelder Modell klassischerweise von den Unternehmen aus. Die Verwaltung ist gerne bereit, aktiv mit den Gremien der sozialen Akteurinnen und Akteuren zu sprechen.

Herr Barton (Geschäftsführer AWO Karlsruhe): Der Kern des Bielefelder Modells besteht immer aus der Kooperation mit einer Wohnungsbaugesellschaft. Aus Trägersicht ist es sinnvoll, das „Bielefelder Modell“ flexibel umzusetzen, wie im Stadtteil Rintheim. Im Stadtteil Mühlburg ist noch kein Wohncafé vorhanden, aber die Netzwerke wurden bereits geschaffen.

Beschluss: Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

TOP 8 Nein zu populistischer Symbolpolitik durch eine restriktive und diskriminierende Bezahlkarte
- Stellungnahme zum Antrag -

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Der Antrag soll im Gemeinderat nochmals behandelt werden. Wurde die Einführung der Bezahlkarte in der Stadt Karlsruhe als Untere Aufnahmebehörde schon umgesetzt? Die Fraktion plädiert weiterhin gegen die Einsetzung und für die Abschaffung der Bezahlkarte durch Gemeinderatsbeschluss. Darüber hinaus wird die pauschale Obergrenze von 50 Euro als rechtswidrig angesehen.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Die GRÜNEN lehnen die Bezahlkarte ebenfalls ab. Kann die Stadtverwaltung den Zeitpunkt der Einführung der Bezahlkarte selbst bestimmen oder gibt es bereits einen festen Termin? Ist eine komplette Streichung der Bargeld-Obergrenze wie in der Stadt Hannover möglich? Wie hoch sind die Kosten für die Kommune für die Einführung und die Nutzung der Bezahlkarte? Stellt das Land die nötigen Mittel zur Verfügung?

Herr Klein (SJB): Die Stadt Karlsruhe ist untere Aufnahmebehörde und weisungsgebunden. Das Justizministerium Baden-Württemberg hat die Weisung erteilt, die Bezahlkarte spätestens bis 31. Dezember 2025 einzuführen und anzuwenden. In den LEA-Einrichtungen wurde die Bezahlkarte bereits eingeführt. Die Barwertobergrenze von 50 Euro wird als gesetzliche Vermutung als ausreichend angesehen. Die Verwaltung ist angehalten, nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, ob es einer anderen Barwertgrenze als die 50 Euro bedarf. Wird diese Barwertgrenze nicht eingehalten, muss dies in jedem Einzelfall explizit begründet werden. Die Einführung und die Nutzung der Bezahlkarte ist für die Stadt Karlsruhe kostenneutral; das Ausschreibungsverfahren und die Implementierung übernehmen das Land Baden-Württemberg. Es gibt eine sogenannte „Whitelist“, auf der alle Kooperationspartner*innen mit denen das Land Rahmenverträge abgeschlossen hat, aufgelistet sind. Auch hier ist die Stadt weisungsgebunden, und es sind keine Spielräume vorhanden.

Frau Stadträtin Kaufmann (DIE LINKE.): Die Tafeln sollten unterstützt werden, damit sie die entsprechenden Kartenlesegeräte einführen können.

Beschluss: Der Antrag wird in den Gemeinderat verwiesen.

TOP 9 Bericht über den Bereich "Aktivierung, Teilhabe und Tagesstrukturierung für Menschen in Grundsicherung" seit 2008 und Entwicklung von langfristigen Perspektiven
- Stellungnahme zum Antrag -

Herr Stadtrat Stolz (AfD) verlässt um 19:47 Uhr die Sitzung.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) Die GRÜNE Fraktion möchte wissen, ob im Rahmen des Teilhabeberichtes Ende 2025 zum Antrag aufbereitete Daten vorgelegt werden.

Frau Schlindwein (SJB): Die Verwaltung wird sich darum bemühen, bis zum Dezember noch Daten gewinnen zu können, um diese in die Berichterstattung einfließen zu lassen.

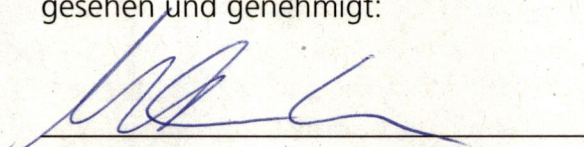
Beschluss: Dem Vorschlag der Antragstellenden wird zugestimmt, das Thema im Rahmen des Teilhabeberichtes zu bearbeiten.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

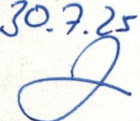
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

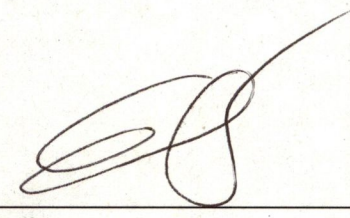
Karlsruhe, den 15. Juli 2025

gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister

30.7.25




Carmen Edler
Schriftführerin